

DRAMATISCHER APPELL

des Vorstands des Kärntner Heimatdienstes einstimmig gefasst am

23. September 2015

Der Kärntner Heimatdienst ruft in großer Sorge um die Zukunft zur politischen Einigkeit in der Flüchtlingsfrage auf

Die Angst um die Zukunft wird immer größer!

Umfragen zufolge machen sich mehr als 80% der Bevölkerung angesichts eines täglich weiter anwachsenden, weitestgehend unkontrollierbar gewordenen Flüchtlingsstroms mit noch nicht annähernd absehbaren Folgen große Sorgen um die Zukunft.

Die Menschen befürchten eine massive Verschlechterung ihres Lebensstandards und steigende Arbeitslosigkeit mit anwachsenden Sozialkonflikten. Viele Menschen haben Zweifel, ob die Massenzuwanderung extrem heterogener Völkergruppen konfliktfrei möglich ist und ob Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit auch in Zukunft gewährleistet sein werden.

Die großen Sorgen sind berechtigt und müssen überaus ernst genommen werden.

Die EU-Grenzschutzagentur FRONTEX hat bis August seit 1. Jänner 2015 mehr als 500.000 Migranten gezählt. Schon damals hatten 257.000 hievon in Deutschland um Asyl angesucht. An die 200.000 befanden sich Mitte September noch auf der Balkanroute mit stark steigender Tendenz. Bis zum Ende des Jahres werden 1 Million Migranten allein in Deutschland und 100.000 in Österreich erwartet. Migranten in mindestens gleich hoher Anzahl sind auch 2016 und in den Folgejahren zu erwarten.

Das berechtigt zur Sorge, dass eine schon jetzt nicht mehr gegebene Aufnahmekapazität sukzessive noch weiter überschritten wird. Das deutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL befürchtet im Beitrag „An der Grenze“ „unabsehbare Folgen für Schulen, Arbeitsverwaltung und Wohnungsmarkt“.

„Willkommenskultur“ als Einladung an alle zu kommen, erweckt Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können und ist somit auch höchst inhuman

Angesichts des Massenansturms der letzten Wochen haben einzelne EU-Staaten auf die nach dem „Dublin-Abkommen“ nicht zuletzt aus Sicherheitsgründen notwendige Erfassung

und Identifizierung an der EU-Außengrenze weitestgehend verzichtet. Aber auch die EU-Binnenländer sahen und sehen sich zumeist nur als Durchreiseland für Migranten auf dem bevorzugten Weg nach Deutschland als Ergebnis einer bereits viel kritisierten, als Einladung zum Kommen aufgefassten „Willkommenskultur“ mit unglaublicher Sogwirkung in den Herkunftsländern.

Eine signalisierte Bereitschaft, alle Flüchtlinge aufzunehmen, gefährdet nicht nur den Lebensstandard der eigenen Bevölkerung, sie ist auch höchst inhuman, zumal sie bei Migranten Hoffnungen weckt, die nicht erfüllt werden können.

Dass auch Kriegsflüchtlinge, von denen sich übrigens viele bereits seit Jahren in Aufnahmelagern sicherer Anrainerstaaten befunden hatten, kein Recht auf freie Wahl ihres Aufnahmelandes haben, wird zwar weitgehend anerkannt, aber in der Praxis nicht beachtet.

Mehr als die Hälfte der Migranten sind Wirtschaftsflüchtlinge ohne Bleiberecht

Eine weitere Tatsache: Nur ein geringerer Teil der Migranten sind Kriegsflüchtlinge und somit asylberechtigt. Der größere Teil sind nicht asylberechtigte Wirtschaftsflüchtlinge aus als sicher eingestuften Ländern. Diese müssten abgeschoben werden.

Das zeigt eine Statistik des deutschen „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ über die Herkunftsländer der Asylbewerber in Deutschland im Zeitraum vom 1. Jänner bis 31. Juli 2015.

Demnach kommen von 195.723 Migranten, die einen Asylantrag gestellt haben, 76.506 aus den sicheren Balkanländern Kosovo, Albanien, Serbien und Mazedonien, sind somit Wirtschaftsflüchtlinge ohne Asylrecht. Nur 42.100 sind oder geben zumindest an aus Syrien zu sein. 8.252 kommen aus afrikanischen und 24.071 aus asiatischen Kriegsgebieten. 44.794 werden unter „Sonstige“, somit als offenkundig nicht zuteilbar, geführt. Daraus ergibt sich, dass weit mehr als die Hälfte der Migranten Wirtschaftsflüchtlinge sind, die sich als „Trittbrettfahrer“ den tatsächlich Schutzbedürftigen angeschlossen haben. Es sei nochmals betont, dass Wirtschaftsflüchtlinge mangels Asylgrund konsequent abzuschieben sind. Noch etwas muss ernst genommen werden:

Sicherheitsproblem: Zehntausende Migranten ohne Einreisedokumente

Ein weiteres Problem stellt die Tatsache dar, dass ein großer Teil der Migranten ohne Einreisedokumente in die EU gekommen ist, was die Überprüfung der Angaben hinsichtlich Herkunftsland nahezu unmöglich macht. Mit Toleranz gegenüber jenen – Berichten zufolge - Zehntausenden, die nur vorgeben, aus dem Kriegsgebiet Syrien zu kommen, ohne das nachweisen zu können, wird dem Einschleusen von Terroristen Vorschub geleistet, was ein enormes Sicherheitsproblem darstellt.

DER SPIEGEL:

„Wie immer die Flüchtlingskrise weitergeht – eines ist klar: sie geht weiter!“

Was auf Deutschland und gleichermaßen auch auf Österreich zukommen könnte, formuliert das deutsche Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL (Nr. 38/2015) folgendermaßen:

„Noch immer gibt es 2,8 Millionen Arbeitslose. Was, wenn sie denken, dass Flüchtlinge nun die Arbeitsplätze bekommen, die man ihnen nicht mehr anbietet? Und was passiert, wenn sie mit ihrem Asyltitel auf den Wohnungsmarkt drängen, ganz unten, da wo er am härtesten umkämpft ist, bei den billigen Wohnungen in den Großstädten? ...Es war die Angst, etwas begonnen zu haben, was sich nicht mehr zurückdrehen lässt, das ungute Gefühl nicht zu wissen, wohin es führt. Wie auch immer die Flüchtlingskrise weitergeht – eines ist klar: sie geht weiter.“

**Dramatischer Appell an die Politik:
Angesichts der noch nicht abschätzbaren Gefahren und
Risiken sind die nationalen Interessen Österreichs in den
Vordergrund zu stellen**

In großer Sorge um die Zukunft Kärntens, Österreichs und Europas, appellieren die Mitglieder des KHD-Vorstands an die Bundesregierung sowie an alle im Parlament und im Kärntner Landtag vertretenen Parteien, solidarisch mit den anderen europäischen Staaten unter strikter Beachtung christlicher Grundregeln der Humanität, der Menschenrechte, aber insbesondere auch der österreichischen und europäischen Rechtsordnung, unsere nationalen Interessen in den Vordergrund zu stellen.

**Die Position des Kärntner Heimatdienstes:
Bekenntnis zum interkulturellen Dialog auch mit Zugewanderten aus
anderen Kulturkreisen**

Der Kärntner Heimatdienst hat sich in seinem Vereinsprogramm verpflichtet, um die Erhaltung der territorialen, der sozialen und der ökonomischen Integrität unserer Kärntner Heimat im Verbund mit Österreich in einem friedlich vereinten Europa bemüht zu sein.

Das schließt ein Bekenntnis zu Asyl als humanitäres Gebot ebenso wenig aus wie die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben und zum interkulturellen Dialog mit legal in unser Land eingewanderten Menschen auch aus anderen Kulturkreisen, sofern diese unsere Gesetze beachten, unsere Sprache erlernen sowie unsere Lebensweise und unsere Kultur respektieren.

Das alles gilt es vor allem auch von den Zehntausenden in den vergangenen Wochen und Monaten in unser Land geströmten Flüchtlingen einzufordern.

Wir würdigen das Bemühen der Hilfsorganisationen um menschenwürdige Behandlung aller Flüchtlinge, erwarten dabei jedoch Verständnis dafür, dass wir auch dabei stets um das

Wohl unserer eigenen Bürger und um das Wohl unserer kommenden Generationen bemüht sein müssen.

Aufruf an die Parteien in der Flüchtlingsfrage an einem Strang zu ziehen

Auf dieser Basis ruft der Kärntner Heimatdienst die politisch Verantwortlichen unseres Landes auf, über ideologische Grenzen hinweg im Einvernehmen mit öffentlichen wie zivilgesellschaftlichen, religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Institutionen, das Wohl unserer Heimat an die Spitze zu stellen und zur Bewältigung der neuen gewaltigen Herausforderungen an einem Strang zu ziehen, um gleichsam eine „Allianz der nationalen Einheit“ zu bilden.

Dabei ist über folgende Grundsätze Übereinstimmung zu erzielen:

• Ursachen der Massenbewegung nach Europa sind seit Jahren andauernde blutige kriegerische Auseinandersetzungen, aber auch durch verfehlte Politik, Korruption und Unfähigkeit verursachte Not und Armut in den Herkunftsländern.

Der Bekämpfung dieser Ursachen muss in der Flüchtlingsfrage oberste Priorität beigemessen werden.

Österreich hat in- und außerhalb der EU vorrangig alle Initiativen zu unterstützen, die auf die Beendigung des Krieges in Syrien, im Irak und in den anderen Kriegsgebieten und damit auch auf das Ende des Flüchtlingsstromes abzielen.

• Parallel dazu ist auf die EU verstärkt Druck auszuüben, die Kriegsanrainerstaaten finanziell zu unterstützen, um das massenhafte Abwandern nach Europa zu unterbinden.

Überdies ist speziell auf Saudi-Arabien und die ebenfalls reichen Golfstaaten mit Nachdruck einzuwirken, ihren arabischen schutzbedürftigen Brüdern auf jede erdenkliche Weise Hilfe zu bieten.

• Das Asylrecht gilt nur für Kriegsflüchtlinge und politisch Verfolgte und ist nicht auf Wirtschaftsflüchtlinge anzuwenden.

• Die Aufnahme von Asylberechtigten muss Beschränkungen unterliegen und ist innerhalb der EU nach Quoten aufzuteilen. Es gibt für Flüchtlinge keinen Anspruch auf ein bestimmtes Land.

• Österreich hat die von der EU-Kommission vorgeschlagene Quote als einziges EU-Land bereits um mehr als das Dreifache übererfüllt. Eine weitere Zuteilung ist somit abzulehnen. Weitere Asylwerber sind an EU-Staaten zu verweisen, die die Quoten noch nicht erfüllt haben. Für die bereits übererfüllte Aufnahme von Flüchtlingen ist eine Kostenübernahme zu fordern. Das umso mehr, als durch den gewaltigen Flüchtlingszustrom Schätzungen zufolge Gesamtkosten in der Höhe von 1 Milliarde Euro erwartet werden.

☛ Auf die Staaten mit EU-Außengrenzen ist Druck auszuüben, das „Dublin-Abkommen“ hinsichtlich Registrierung und Identifizierung strikt einzuhalten. Migranten ohne Reisedokumente sind nur in begründeten Ausnahmefällen aufzunehmen. Diese Pflicht haben aber auch die EU-Binnenländer, somit auch Österreich.

Wir müssen trotz allem optimistisch in die Zukunft blicken und an unser Land glauben

Bei Einigkeit der Politik in den Grundsatzfragen zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik mit Priorität für unsere österreichischen nationalen Interessen unter uneingeschränkter Einhaltung aller humanitären Grundprinzipien, sollten wir trotz der gewaltigen Herausforderungen optimistisch in die Zukunft blicken

Der Kärntner Heimatdienst wird, wie in seinem Vereinsprogramm festgelegt, auch in der Flüchtlingsfrage seinen nach allen Seiten hin offenen Weg der Verständigung unbeirrt fortsetzen. Dabei wird der Kärntner Heimatdienst weiterhin für einen allseitigen Dialog ohne Vorbedingungen eintreten, seinem Bekenntnis zur Meinungsfreiheit im Rahmen unserer Rechtsordnung entsprechend auch andere Meinungen respektieren und sich stets auch kompromissbereit zeigen.

Das hat der Kärntner Heimatdienst bereits mit seinem Beitrag zur Lösung des Ortstafelkonflikts bewiesen.

In diesem Sinne ist der Kärntner Heimatdienst gewillt, auch nach der zu erwartenden Legalisierung der Zuwanderung von mehreren Tausend Menschen aus anderen Kulturkreisen in seinem Kärntner Tätigkeitsbereich seinen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens mit offenem Zugehen auf bereits integrierte oder integrationsbereite Zuwanderer zu leisten.

24. September 2015

Pressemitteilung

Der Kärntner Heimatdienst ruft in großer Sorge um die Zukunft zur politischen Einigkeit in der Flüchtlingsfrage auf

Ein täglich anwachsender, weitestgehend unkontrollierbar gewordener Flüchtlingsstrom mit noch nicht annähernd absehbaren Folgen in allen Lebensbereichen, erweckt in unserer Bevölkerung große Sorgen um die Zukunft.

In einem mehrseitigen DRAMATISCHEN APPELL an die Bundesregierung sowie an alle Parlamentsparteien (siehe ANLAGE) ruft der KHD-Vorstand die politisch Verantwortlichen in unserem Staat auf, in der Flüchtlingsfrage an einem Strang zu ziehen und die nationalen Interessen Österreichs in den Vordergrund zu stellen, solidarisch mit den anderen europäischen Staaten, unter strikter Beachtung christlicher Grundregeln der Humanität, der Menschenrechte, aber insbesondere auch der österreichischen und europäischen Rechtsordnung.

Ausführlich werden im KHD-Appell die Gründe für die Ängste in der Bevölkerung aufgelistet und die Grundsätze angeführt, über die politische Übereinstimmung zu erzielen ist. Oberste Priorität sei der Bekämpfung der Ursachen der Massenbewegung nach Europa einzuräumen. Konkret: Druck auf die EU auszuüben, alle Mittel zur Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen und damit zum Ende des Flüchtlingsstroms einzusetzen.

Die Position des KHD umfasst auch die Bereitschaft zum interkulturellen Dialog

In seinem Aufruf begründet der KHD seinen dramatischen Appell mit seiner im Vereinsprogramm verankerten Verpflichtung, um die Erhaltung der territorialen, der sozialen und der ökonomischen Integrität unserer Kärntner Heimat im Verbund mit Österreich in einem friedlich Vereinten Europa bemüht zu sein.

Das schließt ein Bekennnis zu Asyl als humanitäres Gebot ebenso wenig aus, wie die Bereitschaft zum friedlichen Zusammenleben und zum interkulturellen Dialog mit legal in unser Land eingewanderten Menschen auch aus anderen Kulturkreisen, sofern diese unsere Gesetze beachten, unsere Sprache erlernen sowie unsere Lebensweise und unsere Kultur respektieren.

In diesem Sinne ist der Kärntner Heimatdienst gewillt, auch nach der zu erwartenden Legalisierung der Zuwanderung von mehreren Tausend Menschen aus anderen Kulturkreisen in seinem Kärntner Tätigkeitsbereich seinen Beitrag zur Erhaltung des sozialen Friedens mit offenem Zugehen auf bereits integrierte oder integrationsbereite Zuwanderer zu leisten. Der KHD will mit seinem Appell in der Bevölkerung weder Fremdenfeindlichkeit schüren noch Resignation erzeugen und fordert dazu auf, trotz der gewaltigen Herausforderungen optimistisch in die Zukunft zu blicken und an unser Land zu glauben.

„Dramatischer Appell“ des KHD-Vorstands siehe vollinhaltlich auch unter www.khd.at

Freitag, 25. September 2015

Kärnten inoffiziell

FRITZ KIMESWENGER



UFA ROJSEK-WIEDERGUT

Der Kärntner Heimatdienst klinkt sich in die Migrationsdebatte ein. KHD-Obmann **Josef Feldner**: „Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung machen sich angesichts eines unkontrollierbar gewordenen Flüchtlingsstroms große Sorgen um die Zukunft.“ Es dürfe Asylrecht nur für echte Kriegsflüchtlinge geben, so der KHD. Der Traditionsverein ruft die Politiker auf, über Ideologien hinweg das Wohl „der Heimat“ an die Spitze zu stellen und zur Bewältigung der Herausforderungen an einem Strang zu ziehen.“ Feldner: „Eine Allianz nationaler Einheit.“

☆☆☆

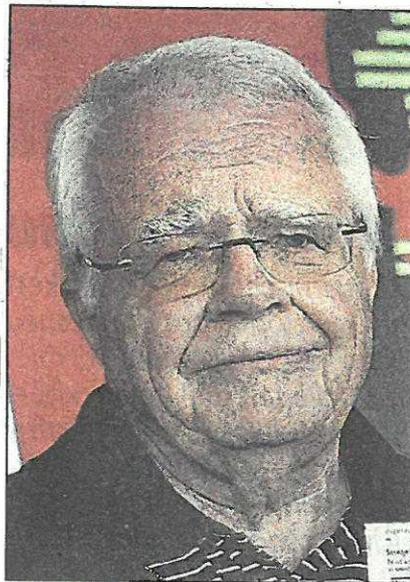


Foto: Uta Rojsek-Wiedergut

KHD-Obmann Josef Feldner